



und hoffnungsgeladene Europa erwartet von ihnen noch viel. Ihre Bedeutung begann aber bald mit ihrer Häufigkeit zu verwinden. Man gewöhnte sich daran, sie als lästige, aber nützliche Einrichtung zu betrachten.

Tollends der Name des nächsten Konferenzortes Brüssel weckt polnische Erinnerungen. Die erste internationale Finanzkonferenz in der belgischen Hauptstadt fand im September 1920 statt. 39 Staaten nahmen daran teil. In eingehenden Untersuchungen wurde damals unter Vorlage schriftlicher Berichte aus allen Ländern die wirtschaftliche Lage der Nationen erörtert. Die besten Kenner des Wirtschaftslebens waren bemüht, das Dunkel zu lichten und allgemeine Richtlinien eines Wiederaufbaus der Weltwirtschaft zu finden. In zehn Forderungen wurden diese dann den einzelnen Regierungen übermittelt. Der praktische Erfolg war gleich Null. Im Dezember desselben Jahres 1920 fand dann die sogenannte Sachverständigenkonferenz der Verbündeten in Brüssel unter Hinzuziehung deutscher Vertreter statt. Das politische Ergebnis jener wirtschaftlichen Erörterungen war die berühmte Januar-Erklärung, die Londoner Märzkonferenz, Sanktionen, Mal-Münzvertrag. Im Mai 1921 erreichten die Londoner Bankiers auf einer Tagung an die Regierungen das dringende Ersuchen, die Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz durchzuführen. Ihnen schloß sich im Juli eine Londoner Versammlung von Kaufleuten, Industriellen und Bankiers Englands an. Aber es blieb bei den lässigen Worten. Dann kam Cannes, Genoa, hierauf der Haag, dann wieder London. Jedemal erfuhr man die geduldig wartenden Väter, daß ihre Staatsmänner die eigentlichen, großen, bewegenden Fragen diesmal noch nicht erörtern konnten, weil... nämlich... — kurz, es müsse eine weitere Konferenz stattfinden, in der dann...

Nun steht man wieder vor Brüssel, wo von Mitte Dezember an getagt werden soll, wenn sich nicht ein neuer Grund zum Aufschub zur rechten Zeit einstellt. Selbstverständlich finden wieder geheime Vorbereitungen der Verbündeten statt, in denen festgelegt wird, wie weit man die Deutschen an sich heranrücken läßt. Und selbstverständlich wird Stimmung gemacht — gegen die Deutschen. Mit Pauken und Trompeten besetzt das alte Clemenceau in Amerika. Der unverwundliche Tiger hat sich ganz auf die Gedankengänge und Schlagworte Poincarés eingestellt. Er verlangte in seiner ersten Kongressrede die Freundschaft Americas für Frankreich und ein Recht auf Sicherheit. Er behauptet genau so kühn und ertümelnd wie sein heutiger Nachfolger in der französischen Ministerpräsidentenschaft, daß die Deutschen „Romane zu Hunderten bauen“, und daß man immer noch den Franzosen die „gute Grenze“ schulde, die man ihnen in Versailles versprochen habe. So der Verfasser Anglistensinn in den Vereinigten Staaten, wo man nach dem demokratischen Wahlergebnis beinahe wieder kommt war, europäische Friedenspolitik zu treiben. Aber auch in Europa selbst wird gebohrt. Kein anderer als Mussolini, der neue Mann Italiens, betreibt die Geschäfte Poincarés. Mit solchen Fanfaren wird die Symphonie von Brüssel eingeleitet. Der neuen deutschen Regierung Cuno obliegt es, wenigstens den Versuch einer diplomatischen Dämpfung zu machen. Sonst hat es wirklich keinen Zweck, auch nur einen Regierungsrat nach Brüssel zu schicken.

## Neue Nachrichten

### Spezialist

Berlin, 24. Nov. Wie die „D. Allg. Ztg.“ hört, beabsichtigt die Reichsregierung, den Präsidenten des Oberrechnungsamts, Sämtlich (Soz.) zum Spezialist zu ernennen.

### Ansetzung des Ministers Müller

Berlin, 24. Nov. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst behauptet, der neue Reichsernährungsminister, Dr. Karl Müller-Bonn (Zentr.) sei in den Jahren 1918/19 einer der ersten gewesen, die für die Posttrennung des Rheinlands vom republikanischen Deutschland eingetreten seien. Als Mittelstandsvertreter im Kölner Stadtverordnetenkollegium habe er die Sozialdemokratie heftig bekämpft.

Poincaré hatte mit den belgischen Ministern Theunis und Jaspars mehrstündige Besprechungen, denen auch Finanzminister De Lathuys und Barthou beizuhören. Poincaré wird eine Vorbesprechung der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens über das Brüsseler Programm veranlassen, weshalb es zweifelhaft ist, ob die Belgier vor der Konferenz noch nach London zu einem Terminabsatz haben werden.

### Von der Friedenskonferenz

Lausanne, 24. Nov. Die von Jamed Balsa im ersten Ausschuss der Konferenz überreichten türkischen Forderungen betreffen die Wiederherstellung der Grenze von 1913 mit Einschluß des auf dem rechten Maritimus gelegenen Bahnhofs von Adrianopel-Parasol. Entfernung aller Truppen aus dem Gebiet rechts und links der Marit unter Wahrung der türkischen Oberhoheit, Zuweisung eines Jagdgebietes zum Regimentskörper an Bulgarien und Volksabstimmung in Westtrazien.

### Überreichung in Paris

Paris, 24. Nov. Die Presse äußert sich beifolgend über die Bedeutung auf der Friedenskonferenz und glaubt, daß Poincaré in seinen Jugendschicksalen an England zu weit gegangen sei, jedenfalls weiter, als sich mit den Besprechungen Franklin Bouillons verhalte. Es sei zu befürchten, daß die türkische Vertretung abreise und die Regierung in Angora sich zu äußerstem Widerstand hinreizen lasse.

### Die russische „Hilfe“

Lausanne, 24. Nov. Wie verlautet, hat die Regierung von Angora die Sowjetregierung um Hilfe gegen die Bergewöhnung durch den Verband ersucht. Der Vertreter Russlands in Lausanne, Borawski, teilte in einer Unterredung Jamed Balsa mit, in allen Fragen, die die Selbständigkeit der Türkei berühren, werde Russland sich unterhalten, es habe sich aber an das Versprechen nicht für gebunden, sofern die Türkei Ausbrennungsgefühle habe.

### Die Bolschewisten in Deutschland

London, 24. Nov. „Daily Telegraph“ berichtet, der Vorsitzende des bolschewistischen Zentralrates, Scharia,

habe auf dem Kongress der dritten Internationale erklärt, Sowjetrußland werde jede kommunistische Revolution, in welchem Land sie auch ausbreche, mit seiner Truppenmacht unterstützen. Die „Morning Post“ meldet ferner, in Moskau seien bestimmte Pläne für die Revolution in Deutschland ausgearbeitet worden, die im Winter losbrechen und mit Hungertoten eingeleitet werden solle.

### Wer ordert eine Grube gräbt...

London, 24. Nov. Aus Washington wird gemeldet: Die Erklärung Clemenceaus, daß Deutschland einen neuen Krieg vorbereite, rief einen Protest aus seitens amerikanischer politischer Führer hervor. Clemenceau wurde von zahlreichen Senatoren, ebenso von Mitgliedern des Repräsentantenhauses heftig angegriffen. Sie erklärten, daß, wenn Deutschland einen Krieg vorbereite, Frankreich die Verantwortung dafür auf Deutschland, die Türkei und Rußland sämtlich zusammenwälzen. Frankreich treibe sie jedoch keine Haltung zu ihrer Vereinigung. Er forderte Clemenceau auf, die Entschuldigungsfrage ganz offen darzulegen. Die Anwesenheit von schwarzen Truppen am Rhein, die nicht gerechtfertigt werden könne, sei eine Schmach. Um die Freundschaft der Vereinigten Staaten zu gewinnen, hätte Frankreich eine geeignete Persönlichkeit schicken müssen als Clemenceau, der die Politik der Härte gegen Deutschland vertrete. Die auswärtige Politik der amerikanischen Regierung müsse abgeändert werden, wenn in Europa Ruhe entstehen solle. Deutschland befinde sich am Rande des Aufstaus infolge der französischen Politik. Es sei ein vollkommener Unfug, zu erwarten, daß Deutschland den von Frankreich gestellten Bedingungen nachkommen könne. Die französische Politik sei die Politik des Krieges und nicht des Friedens.

Wir haben dieser Tage darauf hingewiesen, daß weite Kreise in den Vereinigten Staaten sich ernstlich bemühen, von der Kriegsbeneidung sich zu befreien. Der Massenbesuch in diesem Sommer hat sicher viel dazu beigetragen. Aber das Hauptverdienst wird man wohl dem wachsfähigen, innerlichen Hoff des herrschenden Klüngels in Frankreich zuerkennen müssen, wenn die Aufklärung in Amerika in nächster Zeit erfreuliche Fortschritte macht. Zurzeit des Washingtoner Abfertigungsfestes haben Willard und Viviani bei den Amerikanern sich schon den Mund verbrannt. Der Heranfall des „Tigers“ Clemenceau stellt aber das Mißgeschick seiner beiden Kollegen noch weit in den Schatten. So robust können aber auch nur Amerikaner die Wahrheit sagen. Die Schrift.

## Deutscher Reichstag

### Ausprache zur Regierungserklärung

Berlin, 24. November

Nach der Rede des Reichskanzlers trat in der gestrigen Sitzung eine Unterbrechung von zwei Stunden ein. Hieran wird die Ausprache begonnen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz. Unabh.): Das Gelingen der Volkspartei in die Regierung aufzunehmen, machte vor der Sozialdemokratie absehbar. So kam Dr. Hertel zu Fall. Nicht aus persönlicher Voreingenommenheit gegen Dr. Wittich sind wir so vorgegangen. Man wird es den Kabinetsmitgliedern noch einmal denken, die Erfüllungspolitik mit Folgerichtigkeit betreiben zu haben. Nachher rechts. Mit der Volkspartei konnten wir nicht zusammen regieren, weil sie mit dem Reichsgericht verbunden war, der für die Reaktionsdemokratie und gegen die Befestigung der Volkspartei. Das Kabinett Cuno ist nur ein Reichsbesitz. Es ist kein Kabinett über den Parteien. Wir billigen es, daß die neue Regierung die Note des Dr. Wittich übernimmt und hierin den Kurs der vorigen Regierung weiterverfolgen will. Insofern aber damit nicht das Vertrauen aus, daß der neue Reichskanzler diesen Kurs einhalten imstande ist. Wir werden ihn bekämpfen, wenn er den Versuch machen will, die Zwangsverwaltung zu befestigen und an dem Wirtschaftstag zu rütteln. Redner greift den Ernährungsminister Müller-Bonn fest an, weil er ein Vertreter der agrarischen Interessen und ein Führer der rheinischen Sonderbewegung ist. In Deutschland könne man nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren.

Abg. Marx (Zentr.) spricht gegen die Aufhebung des Vorredners. Heute steht der Feind vor den Toren während hier Parteigezänk getrieben wird. Hände klaffen bei den bürgerlichen Parteien. Gerade die Sozialdemokratie hat durch ihr Ausschleichen aus der Koalition die Regierungserklärung herbeigeführt. Sie hätte angeführt der Gefahren für unser Volk. „mal der Vaterland über die Partei stellen müssen. Die Gründe der Sozialdemokratie gegen die Große Koalition mit der Volkspartei sind kaum verständlich, nachdem in wochenlangen Vorberatungen in Gegenwart und mit Zustimmung der Sozialdemokratie der Weg zu dem gemeinsamen Programm geebnet war, und in Preußen die Große Koalition besteht. Der Schlagwort, daß dieses Kabinett ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sei, weist er zurück. Das deutsche Volk steht sich in seiner höchsten Not nach seinen Wirtschaftsführern. Das Betonen der Reichseinheit, das der neue Kanzler unter gleichzeitiger Wahrung der Eigenheiten der Länder betont hat, begrüßen wir mit großer Freude. Ein Einheitsstaat ist für Deutschland nicht unangenehm. Die neue Regierung gegen Schlemmer und Lurche entgegenzugehen.

Abg. Dr. Hergt (Deutschnat.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: Die Zusammenlegung der Reichsregierung und die Geschichte ihrer Entstehung weisen neue Wege auf, die für eine Befestigung der politischen Verhältnisse von wesentlicher Bedeutung werden können. Das Kabinett Wittich ist an der Schwäche seiner Politik zusammengebrochen. Der Fortführung einer Erhaltungspolitik auf Kosten der Substanz des deutschen Volkvermögens können wir unter keinen Umständen zustimmen. Wir halten es für einen Fortschritt, daß die Bildung des Kabinetts ohne die Sozialdemokratie vorgenommen worden ist und erwarten von der neuen Regierung, daß sie Ordnung und Autorität des Staats

gegen Aufruhr und Gewalt, wo immer sie sich finden, wahren wird. Sie wird dabei unsere Unterstützung haben. Endlich muß gleiches Recht für alle geschaffen werden durch Beseitigung der Ausnahmegeetze. Wir sind bereit, der neuen Regierung verfassungsmäßige Möglichkeiten zur Führung der Geschäfte zu geben. Immerhin müssen wir uns je nach der Tätigkeit der Regierung vorbehalten, in Opposition zu bleiben und so auch weiterhin positive Arbeit zu leisten.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Rede Breitschields hat weder den Interessen des Reichs noch dem Ernst der Stunde entsprochen. Die Art, wie der Reichstag immer mehr an Achtung im Volk verliert, ist bei der jetzigen größeren Verantwortung des Parlaments eine Gefahr für das Reich. Dem auch durch eine Veränderung des Wahlrechts entgegenwirken, die den Wähler wieder in engere Verbindung mit seinem Abgeordneten bringt. Die notwendige Verminderung des Beamtenpersonals dürfe nicht ausschließlich auf Kosten der weiblichen Kräfte geschehen. Der schmerzliche Gleichstellung der Löhne müsse ein Ende gemacht werden, damit nicht die ungelerten Arbeiter eine Vorrangstellung auf Kosten der qualifizierten Kräfte erlangten.

Inzwischen ist ein Antrag der Demokraten eingelaufen, der lautet: „Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn: Der Reichstag hat gegen mich den ungeheuerlichen Vorwurf des Landesverrats erhoben. Ich weise diesen aufs entschiedenste zurück. Im Jahre 1919 haben dem „Reichstag“ viele angelegene Männer in gleichem Sinne wie ich gegenübergestanden, nämlich dem Rheinland im Verband des Deutschen Reichs eine seiner Eigenart entsprechende Stellung zu sichern. Niemand habe ich einer Bewegung angehört, die auf eine Abtrennung von Gebietsanteilen vom Deutschen Reich hingielte. Als Persönlichkeiten sich einigten, mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben kann, habe ich mich von dieser Bewegung getrennt. Die Weizsäcker-Umfrage ist von mir als Vertreter der Landwirtschaft befragt worden, weil sie nicht produktionsfördernd wirken kann. Ich habe aber als Minister die Pflicht, die Umfrage bereinzuholen, und werde dies im vollen Einverständnis mit der Landwirtschaft tun. Im übrigen hat mir der Herr Reichskanzler zugeklagt, meine Angelegenheit zu klären.

Abg. Soltmann (Soz.) greift ebenfalls den Minister Müller an.

Reichskanzler Dr. Cuno erklärt, er könne im Augenblick hierauf nicht antworten. Der Fall werde untersucht und das Ergebnis dem Hause mitgeteilt werden. (Ausrufe links.)

## Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 27. November 1922.

Am gestrigen Totensonntag fand nachmittags 3 Uhr in der Friedhofstraße eine Gedächtnisfeier statt mit einer Ansprache von Dr. Otto und Kranzüberlegungen von Stadtschultheiß Maier namens der Stadtgemeinde und Bachmeister Hegler namens der MtL- und Ver. Vereine. Die Kranzträger waren einheitlich mit Kränzen nach Tannengrün geschmückt. — Kurz nach 2 Uhr wurde die Beerdigung schon wieder alarmiert; diesmal nach Elminger, wo in der Dore der Firma M. Reys, Ringenpöcher Feuer ausbrach und auch wirksam von der Motorspritze bekämpft wurde. — Whman es vom Pieder- und Sängerkranz nicht anders gewohnt ist, hat das gestrige Konzert einen hohen Erfolg. Es führte die gespannt lauschenden Zuhörer zuerst ein in das Wesen der mittelalterlichen Volkslieder mit ihren um fremd anmutenden Harmonien und den waldigen, an Choralen erinnernden Aufbau. Die Sänger hatten sich darauf in diese fremde Welt eingelebt, daß nur der Rhythmus ihnen konnte wie viel Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, wie z. B. in „Ferglebe“ oder „Jansbrud, ich muß dich lassen“. Der zweite Teil umfaßte die Zeit von Sicher bis zur Gegenwart, zu Magdeburg wunderbaren Chor vom „zerbrochenen Ringeln“, bei dem Text und Tonfall gleichermaßen Herz und Gemüt ergreifen. Besonderer Dank gebührt dem verdienten Solisten des Abends, Herrn Präzeptor Wieland, und seinem feinstimmigen Begleiter, Herrn Hauptlehrer Nicht, die uns im Wechsel mit dem Männerchor durch ihre Darbietungen erfreuten. Ihnen sowohl als auch dem Verein und seinem bewährten Dirigenten insbesondere die dankbaren Zuhörer reichen Beifall, und schon die volle Befehung der Turnhalle und die ständige Zahl ausdauernder Besucher zeigte zur Genüge, wie sehr ihre Leistungen geschätzt werden. — Gegen Abend fiel der erste Schnee, der den Kindern große Freude und den Erwachsenen manche Sorge um ihr spätkliches Brennmaterial bringen wird.

Zur Gemeinderatswahl in Magdeburg. Am Sonntag lief die Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen ab. Erstmalig gelang es, die bürgerlichen Parteien zu einheitlichem Vorgehen zu veranlassen. Der Vorschlag dazu ging vom Gewerbeverein aus, der infolge der Zerplitterung das letztmalig der am meisten Leidtragende gewesen war. Die erste Besprechung zwischen den politischen Parteien und wirtschaftl. Gruppen fand unter der Leitung von Hrn. Wöhlbold, dem Vorsitzenden des Gewerbevereins, vor 14 Tagen statt. Dabei wurde an die letzte Wahl erinnert, bei der für einzelne Parteien und Gruppen infolge der Zerplitterung bis zu 50% ihrer Stimmen unfruchtbar blieben, was durch Listenverbindung hätte vermieden werden können. Vor allem aber wurde geltend gemacht, daß es bei einer Gemeinderatswahl mehr auf die Einzelpersonlichkeit als auf die Parteizugehörigkeit ankomme, zumal Fragen des städtischen Gemeinwesens mehr wirtschaftlichen als politischen Charakter tragen. Und endlich kam zum Ausdruck, daß man in unserer schweren Zeit der Bürgerchaft das oft so läßt Schauspiel eines Wahlkampfes so weit als möglich ersparen sollte, zumal man vom Reichs- u. Landtag her das Parteiwesen fast und überall habe; im engen Rahmen einer kleinen Stadt sollte man wenigstens anfangen zusammenzuhalten. Diesen Erwägungen verfloß sich auch die Bürgerpartei, die anfangs lieber gelondert vorgegangen wäre, nicht. So fehlte bei der zweiten Besprechung nur die Sozialdemokratie, die einen eigenen Wahlvorschlag einzureichen beschloß; ob mit oder neben oder ohne Kommunisten wird sich zeigen. Wie in anderen Städten, z. B. Freudenstadt, Kirchheim u. K. u. a., tritt sich somit auch in Magdeburg eine bürgerliche und eine sozialistische Gruppe gegenüber. Die



...den, jungen  
...werden durch  
...Wir sind  
...Möglichkeit  
...müssen wie  
...vorbehalten, in  
...positive Arbeit  
...s hat weder  
...er Stunde er  
...mehr an  
...höheren Betrag  
...Reich. Dem  
...rechtlich ent  
...in engere Be  
...die notwendig  
...nicht ausschließ  
...den. Der Ide  
...Ende gemach  
...eine Vorzugs  
...erlangten.  
...eingelassen,  
...der Reichs  
...ist, daß sie  
...ihre Politik  
...Bonn: Der  
...verlichen Vor  
...auf ein ent  
...hinsicht  
...Stimme wie ich  
...im Verband  
...prechende Stel  
...bewegung ange  
...vom Deut  
...einmütigen  
...ben kann, habe  
...Getreide  
...wirtschaft be  
...bedeutend wirk  
...die Umlage  
...Einkommen  
...mir der Herr  
...den Minister  
...im Augenblick  
...rucht und das  
...ruhe links.)  
...zirk.  
...ember 1922.  
...mittags 3 Uhr in  
...einer Ansprache  
...an Stadtschul  
...Wohlfahrter  
...Die Krieges  
...annengrün ge  
...edicturie schon  
...in der Darre  
...ausbrach und  
...wurde. — Ab  
...ist anders ge  
...den Genus.  
...weist ein in das  
...ten uns fremd  
...an Charak  
...berozt in diese  
...schen konnt  
...sind, wie z. B.  
...n". Der zweitr  
...gegenwart, zu  
...Angeln", dri  
...benkt ergeben  
...en des Abends  
...tügen Begleiter,  
...dem Männer  
...en sowohl als  
...einen spenden  
...chon die volle  
...hi ankundigte  
...lungen geschä  
...chere, der bei  
...manche Sorge  
...Am Sonntag  
...blagen ab. Er  
...partien zu ein  
...Vorschlag dazu  
...Zerplitterung  
...sien war. Di  
...den und mit  
...den Wohlbold,  
...4 Tagen statt.  
...der für einzeln  
...ng bis zu 50%  
...hiffenverbin  
...em aber wurde  
...ratsmach  
...teigebührlig  
...einwelsen mehr  
...t. Und endlich  
...wären Zeit der  
...Wahlkampf so  
...vom Reichs- u.  
...rsatz habe; im  
...nan wenigstens  
...ungen verschlo  
...gefondert vor  
...ten Besprechung  
...Wahlrecht  
...ohne Kommu  
...z. B. Freuden  
...auch in Regal  
...gegenüber. Die

bei der zweiten Besprechung anwesenden Vertreter der Bürgerpartei, die zugleich den Bauernbund mitvertreten, der demokratischen Partei, der deutschen Volkspartei u. des Gewerbetreibenden, stellten nunmehr eine Liste von zusammen 16 Kandidaten auf, die aber für die Wahl in 2 verschiedene Zettel zerlegt werden mußte, da nach dem Gesetz höchstens zwei auf einen Wahlzettel kommen dürfen, als Gemeindeglieder zu wählen sind, bei uns also 8. Die beiden bürgerlichen Zettel bilden also streng genommen eine Einheit; aus diesen 16 soll sich der Wähler die ihm genehmen Männer herauswählen. Dabei ist die Parteizugehörigkeit nicht besonders anzugeben; das widerspricht dem Sinn des gemeinsamen Votums; vielen wird das auch einleuchtend sein; sie wählen den Mann, nicht die Partei. Wer aber seiner Partei allein zum Sieg verhelfen will kann auch dazu die beiden bürgerlichen Zettel verwenden; er darf panuschieren d. h. die Parteistimmen von anderen Zettel herüberlegen und alle übrigen streichen, oder er darf kumulieren d. h. seinem besonderen Freund bis zu 3 Stimmen geben und desto mehr andere streichen oder er darf beides tun. Schwierig war die Verteilung der 16 Kandidaten auf Zettel I und II; es galt selbstverständlich, beiden Zetteln dieselbe Quantität zu geben; diese Partei und kein Kandidat sollte durch die Einreihung schädigt werden. Mit dieser Aufgabe wurde ein Wahlschauspiel betraut, der beide Zettel solange auf die Goldwaage legen mußte, bis sie gleich schwer waren. Man hielt es für das Beste und Bestehe, an die Spitze beider Wahlzettel dem einen nach die ausstreichenden bürgerl. Gemeindeglieder zu setzen, auf den einen 3, auf den anderen 2, und dann die übrigen 11 Namen in alphabetischer Reihenfolge zu lassen, so daß jede Partei auf jedem Zettel die Hälfte ihrer Kandidaten haben hat, wiederum etwa ihrer Jagd nach entsprechend gleichmäßig auf Zettel I und II verteilt. Die Namen der 16 Kandidaten der bürgerlichen Seite sind nun folgende: Auf Zettel I stehen die bisherigen Gemeindeglieder: Reutlinger, Stengel, Weidmann, und folgende 5 neue Kandidaten: Gustav Straub, Landwirt, Gottlob Erlinger, Selenfabrikant, Wilhelm Herr, Schreiner, Anton Böckmann, Straub. Auf Zettel II stehen die bürgerl. Gemeindeglieder und Weidmann, dazu folg. 6 neue Kandidaten: Traubensmühl, Dür, Halmann, Ebla, Uhrmacher, Günther, Edmund Schmid (Hörsing), Gärtner, Schuster, Schmied, Feulner.

### Volkshilfskurs. Heute abend „Der Glöckner“

Der Artikel „Krankenkassenmitglieder und Arzneimittel“ Nr. 267 des Gesundheitswesens vom 15. Nov. 22 zwingt den Kreisrat zum Nachdenken über die folgenden Ergänzungen: Nach der erwähnten Veröffentlichung könnte man glauben, daß der Pfaffenarzt „mit ganz geringen Ausnahmen“ ziemlich freie Hand in der Wahl der ihm notwendig erscheinenden Arzneimittel habe. Was anders klingt der Satz, den ein Kandidat in der Abg. Ortskrankenkasse Regalod an die Kassenglieder des Bezirks vom 22. Nov. 22 enthält: „Wir sind überzeugt, daß manches Rezept entbehrt werden kann, wenn der Arzt unbedingte Wünsche der Versicherten nicht erfüllt.“ Die Wirklichkeit jedoch ist der Arzt in der Wahl seiner Mittel streng gebunden, einmal durch die für den Kassennarz vorgeschriebenen Arzneiverordnungen bei den milit. Krankenkassen, welche neben einer großen Reihe sparsam zu verwendenden Mitteln auch eine sehr stattliche Zahl „verbotener“ Mittel enthalten. Zweitens aber, was der Artikel der Kasse verschweigt, ist der Kassennarz gebunden durch die Durchschnittsberechnung des Revisionsamts. Hierüber wird jedem Arzt der Durchschnitt seiner Arzneimittelkosten pro Kopf der behandelten Kassenglieder berechnet; wer den Durchschnitt wesentlich überschreitet, muß sich verantworten und wird mit großen Geldstrafen bedroht. Es ist also dem Arzt die Möglichkeit der Verschreibung teurerer Rezepte praktisch sehr erschwert; denn wer seinen Durchschnitt belastet oder überschreitet, zieht sich die unliebsten Zusätze des Revisionsamts zu. So sieht die Sache in Wirklichkeit aus! Wir Kassenglieder anerkennen durchaus die Notwendigkeit des Sparsens; aber wir sind so frei, das auch offen zu sagen, daß wir an die Sparmaßnahmen gebunden sind, auch sollten

die Sparmaßnahmen nicht bloß auf Versicherte und Kasse beschränkt werden, die Kassenverwaltung möge dabei auch an sich selber denken. Schätzig hat aber alles Sparsame auch eine Grenze, besonders bei sozialen Einrichtungen, die eben sonst ihren Zweck verlieren. Am liebsten spart, wer an seiner Gesundheit spart. Es wäre ehrlicher gehandelt von der Kasse, wenn sie den Mittel Mäßen, sich zu Sparmaßnahmen bekennen, statt den Versicherten durch derartige Mittel Sand in die Augen zu streuen und damit eine verfehlte Forderung gegen die Kasse zu treiben. (Weitere Einwendungen in dieser Angelegenheit müssen wir in den Anzeigenteil verweisen. Die Schriftleitung.)

Wie soll man im Winter die Vögel füttern? Nicht im Scherz, da das Futter noch wird und zum großen Teil verloren geht. Am besten verbirgt man in einem Gefäß ein kleines Brett und streut darauf das Futter; man kann das Brett auch an einem sonst geeigneten Ort aufstellen, doch hübe man es vor Regen. Als Futter reiche man den Vögeln nur Brot, vor allen Dingen kein weiches Brot, denn wenn dieses noch wird, wird es sauer und die Vögel gehen daran zugrunde. Das beste Futter ist Hanfsamen, gedrochene Haserlörner oder Rühldörner.

Hatterbach, 25. Nov. Brand. — Abstruz. Heute vormittags gegen 10 Uhr brach in dem Anwesen des Schreinermeisters Wilhelm Felder am Schönbühl, vermutlich infolge Kurzschluß, Feuer aus, das in den Heu- und Strohvorräten der Wähe reiche Nahrung fand. Der Feuerwehrt gelang es, ein weiteres Umfassen des Brandes zu verhindern, so daß nur ein Teil des Dachstuhl den Flammen zum Opfer fiel. Dank der Hilfsbereitschaft der herbeigeeilten Einwohner konnte sämtliches Mobiliar und Vieh gerettet werden. Die zur Hilfe herbeigekommenen Regaloder Motorpumpen konnte, da ein Einzelreis ihrerselbst nicht mehr nötig war, nach kurzem Aufenthalt wieder zurückgehen. — Freitag Nachmittag hat man einen Mann im besten Alter, Hausmeister, Cyr. Gottlob Gutelust, zu Grabe getragen. Beim Sargweilen von Lammengarten ist er vom Gipfel eines Turms gestürzt und tödlich verunfallt. Der Witwe wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Inmitten wieder ereignen sich solche Unglücksfälle. Darum Verzicht beim Zapfen sammeln!

## Württemberg

Stuttgart, 26. Nov. Vom Rathaus. Die technische Abteilung des Gemeinderats hat die Einzelgebühren vom 1. Oktober ab um das 9fache erhöht, der Feuerungsbeitrag zu den Grundgebühren beträgt nun also 800 Prozent (früher 6500 Prozent). Die Gebühr für ein Kubikmeter Wasser steigt von 19.80 auf 27 Mark (Frühjahrsbeitrag 30.5). Für ein Zimmer ist ein Jahresbetrag von 225 M. für eine Küche 225 M. für einen Geschäftsraum 270 M. für einen Spülraum und eine Badeeinrichtung mit Ablauf je 9000 M. zu bezahlen.

Stuttgart, 26. Nov. Die Kartoffelhilfe der Landwirte. Die Spenden der Landwirte Württembergs für Groß-Stuttgart sind so reichlich ausgefallen, daß fast alle der angebotenen bedürftigen Personen berücksichtigt werden können. An der Spitze der Vorkosten steht Hieslingen mit über 1700 Zentner Kartoffeln.

Stuttgart, 25. Nov. Neufestsetzung des Milchpreises. Am Samstag vormittags ist der Milchpreis für Dezember neu festgesetzt worden. In den Verhandlungen haben teilgenommen die Vertreter der Milchbedarfsvereine, der Landwirtschaftskammer, des Schwäb. Bauernvereins, der Milchproduzentenvereine und des Landwirtschaftlichen Hauptverbands. Ansehens der seit der letzten Preisfestsetzung eingetretenen Geldentwertung kam man überein, den Preis auf 80 M. das Liter ab Stall zuzüglich einem Vertragszuschlag von 5 M. festzusetzen. Die Festsetzung des von den Verhandlungen zu erhebenden Preises unterliegt der Regelung durch die Milchbedarfsvereine selbst.

Lohnbewegung. Die Angestelltenverbände im Gastwirts-gewerbe haben auf 31. Dezember ihren Lohnsatz festgesetzt. Hieslingen, 26. Nov. Unter die Räder. Der 61 Jahre alte Schmied Jakob Schmid in Hofsärlingen wollte seiner

Arbeit nachkommen, ist dabei anscheinend vom Windstoß des anstehenden Tages erfasst und unter die Räder geschleudert worden. Er war sofort tot.  
Gmünd, 26. Nov. Rücktritt. Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter Wöhler, der Mitte Dezember den 70. Geburtstag feiert und in diesem Jahre sein 25jähriges Amtsjubiläum begehen konnte, wird Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten.  
Heidenheim, 26. Nov. Ein Postkoffer wurde festgestellt, weil er im Verdacht steht, Auslandsbriefe mit Inhalt sich angeeignet zu haben. Ueber den Besitz einer Fälschungsnotiz konnte er sich nicht einwandfrei ausweisen.  
Schwenningen, 26. Nov. Bauarbeiterstreik. Seit Donnerstag mittags stehen die hiesigen Bauarbeiter im Streik.

## Letzte Drahtnachrichten.

### Die große Reichstagsfront

Berlin, 26. Nov. Der Antrag der Demokratischen Partei, der die Erklärung des Reichstanzlers billigt, wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten nur die 3 Deutschösterreichischen und die Kommunisten.

### Minister Müller zurückgetreten

Berlin, 26. Nov. Der Reichsernährungsminister Dr. Müller-Baum ist von seinem Posten zurückgetreten.

### Aus dem Parteiloben

München, 26. Nov. Der Vorstand der Bayer. Mittelpartei erklärt, daß der außerordentliche Parteitag in Nürnberg den Oberst von Iglander, der sich in die große Gemeinschaft nicht einzufügen vermöge, ausgeschlossen habe. Iglander hat eine Deutschösterreichische Partei gegründet, die sich der Reichstagsfraktion gleichen Namens anschließt.

### Ende der Getreidezwangswirtschaft

München, 26. Nov. Der bayerische Landwirtschaftsminister sprach im Landtag den Landwirten den Dank aus für das große Opfer, das sie wieder mit der Getreideumlage dem Vaterland bringen. Er hofft, daß der Reichstag nun auch einen angemessenen Preis für das Umlagegetreide bewilligen werde. Der ständige Garantenausschuss werde die Milliardenumlage der Reichsgetreidestelle nicht mehr dulden, es sei daher sicher, daß im nächsten Jahre die Zwangswirtschaft des Getreides verschwinden und das Markenbrot aufhören werde. Zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem bayerischen Landwirtschafts-, Handels- und Justizministerium sei ferner vereinbart worden, daß beim Handel mit Getreide und Mehl das Fördern und Nehmen der an der Börse notierten Handelspreise nicht zu beanstanden ist und daß die rechtmäßigen Händler das Getreide beim Mehl auf dem Weg zum Bäcker oder zu den Nahrungsmittelbetrieben und Brauereien zu bringen haben. Jede spekulative Zurückhaltung und jeder Kettenhandel ist fortan strafbar.

### Rücktritt des griechischen Kabinetts

Athen, 26. Nov. Das Kabinett ist zurückgetreten. Die politische Lage ist äußerst verwickelt. Die Ministars sind in der Frage der wegen Hochverrats angeklagten Minister zu keinem Zugeständnis bereit.

## Handelsnachrichten

Dollarkurs am 25. Nov. 7288.10 (7102.70).  
1 Pol. Sterling 32.418.70, 100 Doll. Gold 284.780.—, 100 Schweizer Franken 134.163.—, 100 franz. Franken 51.870.—, 100 belg. Franc 34.613.—, 100 Mex. Kr. 10.02, 100 schw. Kr. 22.663.—, 100 poln. Mark 4.—, Mark.

Erhöhung des Milchpreises. Der Milchpreis für Weizenmehl Spezial Nr. 0 wurde heute von 44.700 M. für den Doppelzentner erhöht.  
Erhöhung der Salzpreise. Die Salzwerke erhöhen infolge

Ein jedes Volk bestimmt sich selbst sein Los zur Freiheit oder Sklaverei, und ist das Dunkel noch so groß, ein Weg zum Licht ist immer frei. — Kndt.

## Der Bravo.

57) Eine venezianische Begebenheit von Fenimore Cooper. (Fortsetzung.)

Antonio sprach weiter: „Ich bin nicht so eitel, zu meinen, daß mein geringer Name unter denen der Patrioten gefunden wird, die der Republik in ihren Kriegen gedient haben — wenn aber das Wenige, was ich für mein Vaterland getan habe, nicht in dem goldenen Buch steht, so ist es doch hier geschrieben“; indem er dies sprach, zeigte er auf die Narben seiner halbverheilten Wunden: „dies sind die Zeichen von dem Grimm des Türken und ich halte sie nun als so viele Büttel der Gütlichkeit des Senats vor.“

„Du sprichst unendlich. Was begehrt du?“  
„Gerechtigkeit, mächtiger Fürst. Sie haben den einzigen kräftigen Zweig von dem ausgehenden Stamm gerissen, Sie haben den einzigen Gefährten meiner Arbeit und Freuden, das Kind, das mir einmal die Augen zudrücken sollte, unersparnen und blühenden allen Versuchungen und Sünden und der gefährlichen Kameradschaft der Galeeren dahingegen.“  
„Ist das Alles? Ich dachte, deine Gondel sei wichtig oder dein Recht auf Benutzung der Lagunen angegriffen.“  
„Ist das Alles!“ wiederholte Antonio, indem er mit bitterer Melancholie umher sah. „Doge von Venedig, es ist mehr, als ein alter gebildeter und bezauberter Mann tragen kann!“

„Geh doch! nimm deine goldne Kette mit dem Ruder und kehre zu deinen Kameraden im Triumph zurück. Erweise dein Herz über einen Sieg, auf den du mit Grund nicht rechnen konntest, und überlasse die Interessen des Staats denen, die weiser sind als du und mehr geeignet, die Sorgen um denselben zu tragen.“

Der Fischer stand mit einer Miene voll Untertänigkeit auf; aber er näherte sich nicht, um die angebotene Belohnung in Empfang zu nehmen.

„Gehe dein Haupt, Fischer, daß Seine Hoheit dir den Preis reiche“, befahl ein Offizier.

„Ich verlange kein Geld und kein Ruder. Gib mir mein Kind, oder gib mir nichts.“

„Geh weg mit ihm!“ murrieten ein Dutzend Stimmen; er sprach aufbrüchlich; er soll die Galeere verlassen.“

Antonio wurde von der Audienz hinweggetrieben und mit sehr ungewöhnlichen Zeichen von Ungnade in seine Gondel zurück geschickt. Diese ungewöhnliche Unterbrechung der Feierlichkeiten unwillig manche Seiten, denn die Empfindlichkeit der venezianischen Edeln war in der Tat sehr rasch, die Immoralität politischen Mißverhaltens zu tadeln.

„Dahin den nächsten Mitbewerber näher treten“, fuhr der Souverän mit einer Ruhe fort, welche ihm die beständige Gewohnheit der Herrschaft leicht machte.

Der unbekannt Schiffer, dessen geheimer Begünstigung Antonio seinen Erfolg verdankte, näherte sich, stets noch von der erlaubten Vermummung verborgen gehalten.

„Du bist der Gewinner des zweiten Preises“, sagte der Fürst, „und wolle ich strenge Gerechtigkeit üben, so solltest du auch den ersten haben, da man mit unserer Gütlichkeit ungestraft spielt.“ — Antee, damit ich dir die Belohnung überreiche.“

„Vergebung, Hoheit!“ bemerkte die Waise, indem sie sich mit großer Ehrerbietung verbeugte, doch einen Schritt vor der dargebotenen Gabe zurückwich; „ist es euer gnädiger Wille, dem Sieg in der Regatta ein Geschenk zu weihen, so habe auch ich die Bitte, daß es in anderer Gestalt geschehe.“

„Dies ist nicht üblich!“

„Ich möchte in dieser hochangesehenen Versammlung nicht den Anschein haben, mehr zu verlangen, als sich mit der Ehrfurcht reimt. Ich verlange wenig und am Ende kostet es der Republik weniger, als was jetzt dargeboten wird.“

„Kenne es.“

„Ich bitte ebenfalls und kühnlich in schuldiger Ehrerbietung gegen das Haupt des Staates, daß die Bitte des alten Fischers erhört werde und der Vater dem Sohn, dieser

jenem, zurückgegeben werde, denn der Dienst verbietet die zarten Jahre des Jungen und macht das Alter seines Großvaters elend.“

„Dies streift an Unverschämtheit! Wer bist du, der in dieser verummten Gestalt kommt, um ein einmal verworrenes Gesicht wieder aufzugreifen?“

„Hoheit — der zweite Sieger in der herzoglichen Regatta!“

„Du sprichst noch in deinen Antworten! Der Schutz des Maskenrechts ist überall, wo nicht der Friede der Stadt gefährdet ist, unerschütterlich. Aber hier scheint Kenntnisnahme notwendig. — Lege die Verkleidung ab, daß wir dich, Kunge gegen Augen sehen.“

„Ich höre immer, wer anständige Reden führe und in nichts gegen die Befehle verstoße, dürfe sich noch Gütindken maskieren in Venedig sehen lassen, ohne daß man ihn nach Geschlecht und Namen frage.“

„Sehr wahr, in allen Dingen, die St. Markus nicht beleidigen. Aber hier zeigt sich eine Uebereinstimmung, die Untersuchung verdient. Lege die Maske ab, ich befehle es dir.“

Der Schiffer, der rings in allen Gesichtern die Notwendigkeit des Folgelebens las, entfernte langsam die Vermummung und entdeckte das bleiche Gesicht und die funkelnden Augen Jakopos. Eine unwillkürliche Bewegung unter allen Umstehenden ließ diese gestrichelte Person einsam, Sitzen gegen Sitzen, mit dem Fürsten Venedigs in einem weiten Kreise verumworbener, höchst gespannter Hörer stehen.

„Ich kenne dich nicht! rief der Doge, mit offenem Erstaunen, dem man die Aufrichtigkeit ansah, als er den Anderen einen Augenblick ernsthaft angeschaut hatte. „Deine Gründe, dich zu verlarven, sollten besser sein, als die, weshalb du die Belohnung ausschlägst.“

Der Signor Brandenigo näherte sich dem Herrscher und flüschelte ihm etwas ins Ohr.

(Fortsetzung folgt.)

Blendend schön  
werden alle Kleider, Blusen, Röcke, Anzüge und sonstige Kleidungsstücke durch Anstrichen mit Brauns Haushaltfarben. Überall erhältlich. Man achte auf die Marke Brauns. 411 f



